

Rezensionen

Klaus Ahlheim: Rechtsextremismus. Ethnozentrismus. Politische Bildung Offizin-Verlag, Hannover 2013, 99 S.



Im Vorwort dieses gut redigierten und leserfreundlich verfassten Bändchens stellt der bekannte Pädagoge und Bildungsexperte Klaus Ahlheim fest, dass es die politische Bildung „gegen rechts“ in Deutschland nicht leicht hat. Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus spielte – wie aus dem ersten Kapitel des Buches hervorgeht – in der wissenschaftlich-pädagogischen Debatte über lange Jahre nur eine untergeordnete Rolle. Auch wurde die Gewährung finanzieller Mittel gelegentlich mit antidemokratischen Forderungen seitens der Politik – wie der jüngst propagierten und noch immer geltenden Extremismusklausel – verbunden. Die politische Bildung – so Ahlheim – sei aber kein schnell wirkendes „Umformungsprogramm für jugendliche Abweichler“, sondern setze auf mittelfristige Veränderungsprozesse. Den Kern rechtsextremer Überzeugungstäter werde man durch politische Bildung sowieso nicht erreichen können, da diese beharrlich weghören würden.

Wie stark rechtsextremes Denken in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft verankert blieb, zeigten nicht nur die Befunde Adornos, mit dem hieraus abgeleiteten Desiderat „Nie wieder Auschwitz“, sondern auch zahlreiche empirische Untersuchungen, etwa die Silbermann-Studie aus dem Jahre 1974. Gesellschaftspolitische Brisanz erfuhr die pädagogische Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus aber besonders nach der Herstellung der deutschen Einheit im Jahre 1990 durch die Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt und die Brand- und Mordanschläge in Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln. In ganz Deutschland entstanden nun zivilgesellschaftliche Initiativen und staatlich geförderte Programme „gegen rechts“.

Die Situation der politischen Bildung „gegen rechts“ habe sich nach der Entdeckung der rechtsextremistischen Mordtaten des NSU im November 2011 durch die Gewährung von Sondermitteln zwar verändert, aber weiterhin leide die (außerschulische) politische Bildung unter chronischer Unterfinanzierung.

Dies wird im zweiten Kapitel durch die Ergebnisse einer jüngst durchgeführten empirischen Erhebung von Bildungsstätten in NRW belegt. Dabei wird zunächst konstatiert, dass die finanzielle Förderung sowie das öffentliche und politische Ansehen der politischen Bildung in den letzten Jahrzehnten erheblich abgenommen haben. Politische Bildung wurde in weiten Bereichen durch berufsqualifizierende Bildungsangebote ersetzt, was durch die von Ahlheim durchgeführte Untersuchung

eindrucksvoll belegt wird. Die Interviewten heben darin vor allem auf den Rückgang öffentlicher Zuschüsse bei gleichzeitig steigenden Kosten ab. Der eigene Arbeitsplatz werde unsicher, die Akquise von Drittmitteln werde in zahlreichen Einrichtungen zum bestimmenden Thema. Die immer wieder gerne empfohlene Marktorientierung trage somit nicht zur Profilierung einzelner Anbieter bei, sondern führe zu allmählicher Angleichung und Verflachung. Angebote zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden zwar implizit gemacht, aber nicht als explizite Einzelveranstaltungen. Gleichzeitig sei festzustellen, dass durch die veränderten Formate politischer Erwachsenenbildung und die damit verbundenen höheren Transaktionskosten Veranstaltungen angeboten werden (müssen), die kleinere Aufwände und geringere Kosten verursachen. Insofern scheint die von Paul Ciupke aufgestellte These, dass die politische Bildung in Deutschland vor einer Systemwende stehe, durchaus berechtigt zu sein. (S.25)

In diesem Kontext sind sicherlich auch die Reaktionen der politischen Öffentlichkeit auf die Mordtaten von Breivik und des NSU von Bedeutung.

Mit dieser Fragestellung beschäftigt sich Ahlheim im dritten Kapitel seines Buches, wobei er davon ausgeht, dass die Mordtaten Breiviks und des NSU eine Zäsur für die politische Bildung darstellen. Dabei unterstreicht der Autor insbesondere den Umstand, dass Tilo Sarrazins islamophobes und nationalistisches – auf die Allmacht der Gene – abhebendes Buch „Deutschland schafft sich ab“ zusätzlich ideologisches Futter für die rechtsextreme deutsche und europäische Szene (Breivik!) lieferte. Nach den Morden von Oslo führte man in der Presse eine „Nährboden-Debatte“ und stellte einen Zusammenhang zwischen dem „Sarrazinismus“ in Deutschland und dem Verbrechen von Oslo her. Leider habe man – so Ahlheim – in der Politik auf diese Gräueltat aber nur mit Verharmlosung, Verdrängung und Entpolitisierung reagiert. Nach Aufdeckung der NSU-Morde und einer ersten Erregung verschwand das Thema recht bald aus der veröffentlichten Meinung. Im Verfassungsschutzbericht 2011 wird im Zusammenhang mit dem NSU zwar auf die Gefahr von Nachfolgetaten hingewiesen, aber nicht auf das eigene Versagen (Rolle des Verfassungsschutzes, Verschwinden von Akten), dafür berichtet man aber viel über Ausländer- und Linksextremismus. Da die Familien der NSU-Opfer durch die Ermittlungsbehörden systematisch kriminalisiert wurden, sprach Kenan Kolat als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland im Juli 2012 sogar von einem „institutionellen Rassismus in den Behörden“.

In den nächsten beiden Kapiteln steht die Empirie des fremdenfeindlichen Vorurteils im Vordergrund der Erörterungen. Mit Oskar Negt wird ausgeführt, dass die Befassung mit Vorurteilen deshalb so wichtig sei, weil sich in ihnen die stärksten Widerstände gegen Erfahrung und Wissen manifestieren. (S.57) Hier führt Ahlheim aus, dass der nicht eindeutige Begriff des Vorurteils durch den präziseren Begriff des Ethnozentrismus „als kultureller Prägung von Einstellungsmustern“ ersetzt werden sollte.

Fremdenfeindliche Einstellungen sind in der Mitte der Gesellschaft, unter „ganz normalen Menschen“ immer wieder erfahrbar und weit verbreitet. Wissenschaftlich belegt wird dies unter anderem durch die breit angelegte Erhebung zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ aus dem Jahre 2011. Insgesamt – so der Autor – ergebe sich aus dieser und anderen Studien, dass 25 Prozent der Deutschen ein bedrohliches Maß an Fremdenfeindlichkeit aufweisen. (Vgl. Tabelle, S.66) Im Vordergrund fremdenfeindlicher Agitation und Denkweisen stehe vor allem der Islam, das alt hergebrachte Ressentiment gegen die „ausländischen Türken“ werde somit hartnäckig gepflegt. Eine der auffälligsten Ursachen sei in diesem Zusammenhang der neue Nationalstolz der Deutschen, der ohne den Ausschluss der Anderen nicht funktioniere. Dabei sei die Ethnisierung politisch-sozialer Konflikte willkommen und werde vor allem von den Gewinnern des ökonomischen Umwälzungsprozesses inszeniert, um von den eigentlichen Ursachen der Misere (öffentliche Armut, Sozialabbau) abzulenken und Sündenböcke zu liefern. Es handele sich hier – so die These des Autors – um ethnisch inszenierte Konflikte als Folge einer „Durchökonomisierung“ der Gesellschaft, in der wirtschaftliche Logik und Rationalität dominieren. Das von den „Segnungen“ des neoliberalen Kapitalismus und den Folgen der Globalisierung überforderte Individuum schlage zurück – und treffe den Falschen. (S.75)

Eine erfolgreiche Erziehung und Bildung „gegen rechts“ müsse möglichst früh einsetzen und setzt voraus, dass es nicht zur Entwicklung der „Radfahrernatur des autoritätsgebundenen Charakters“ (Adorno, Horkheimer) komme. Erfolgreiche politische Bildung vermeide die falsche Alternative von „Kopf und Bauch“, sondern verbinde Subjektorientierung, Selbstreflexion und Selbstaufklärung mit solider Wissensvermittlung. Dabei spiele bei der politischen Bildung „gegen rechts“ das Erinnern an die NS-Barbarei sowie die Gedenkstättenarbeit weiterhin eine zentrale Rolle.

Obschon sich das weit verbreitete vorurteilsvolle Denken häufig als aufklärungsresistent erweise, müsse doch am Projekt politisch aufklärender Bildung festgehalten werden. Ahlheim kommt zu dem plausiblen und durch den mühseligen Alltag der außerschulischen politischen Bildung belegten Schluss, dass politische Bildner/innen einen langen Atem brauchen und dass sie voller Optimismus – aber stets am Rande der Resignation – handeln. Diesem Fazit ist aus Sicht des Rezensenten – vor dem Hintergrund einer zwanzigjährigen Berufserfahrung – nichts hinzuzufügen.